

Briefe

Zur Orientierung im Konflikt Mensch – Erde



Wer im Dunkeln sitzt, zündet sich einen Traum an.

Nelly Sachs

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser der BRIEFE,

es ist Frühling. Wachstum überall. Die Welt wird wieder bunter. Aber Wachstum ist nicht immer ein Grund zur Freude. So regt sich immer schärfere Kritik an der Wachstumsideologie unserer Gesellschaft, ein Thema, mit dem sich die Beiträge von Gisela Kallenbach, Christine Müller und Veit Laser beschäftigen.

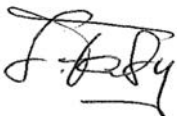
Auch der Wertewandel wird kritisch beäugt. Lassen sich Minimalanforderungen für den Zusammenhalt unserer pluralistischen Gesellschaft formulieren? Joy Kumar Chowdhury hat in der Idee des Rechtsstaats eine Antwort gefunden. Da ein Rechtsstaat demokratische Staatsbürger/-innen braucht, kann mit der politischen Bildung nicht früh genug begonnen werden, sagen Eva-Maria Reinwald und Tobias Thiel und erläutern ihre Angebote für Kinder.

Siegrun Höhne knüpft an den Beitrag von Bernd Dost in Heft 101 an und kommentiert die Bedeutung der Waldstrategie 2020 vor dem Hintergrund kontroverser Diskussionen verschiedener Interessengruppen.

Aber fangen wir doch vorne an. Schaukelnd zwischen den Welten, schaukelnd zwischen Paradies und Zerstörung, zwischen verschiedenen Bildern unserer Welt. Christian Lehnert lädt Sie ein innezuhalten und teilzuhaben an seinen Gedanken zu einer Graphik von Christoph Meckel.

Viel Freude beim Lesen und herzliche Frühlingsgrüße aus Wittenberg!

Ihre



Dr. Susanne Faby

Forschungsstelle für ökologische Bildung und Beratung
Studienleiterin für Naturwissenschaft und christliche Ethik

Schaukelnd zwischen den Welten

Gedanken zu einer Graphik von Christoph Meckel
aus dem Zyklus „Die Rechte des Kindes“

von Christian Lehnert

Christoph Meckel (geb. 1935) ist sowohl als Graphiker als auch als Dichter bekannt und berühmt geworden. Neben seine Graphik sei zunächst eines seiner Gedichte gestellt, das in dieses Bild hineinführen kann.

Kind

Es zog den Schlüssel aus der Tür.
Es warf ihn in die Sonne und er schmolz.
Das Haus war leer, fort war das letzte Tier.
Es lagen bloß noch ein paar Steine hier
und nachts zum Feuermachen etwas Holz.

Der Morgen war von Tau und Asche kalt.
Es ging auf einem Weg in einen Wald.
Der Engel sah es und vergaß es bald.

Zwei Motive klingen in den Versen an, die mir zu denken geben: der Engel und das Findelkind.

Meckel erzählt immer wieder, dass ein bestimmtes Bild ihn auf dem Weg in die Kunst begleitet hat. Es ist ein Gemälde des finnischen Malers Hugo Simberg und zeigt einen Engel, der abgestürzt und verwundet ist und von zwei Kindern auf einer Bahre davongetragen wird. Engel sind für den Künstler eine gefährdete Gattung.

Findelkinder nun – Kinder ohne Eltern, ohne Namen, ohne Herkunft und ohne Zuhause – bevölkern nicht nur Meckels Bilder und Erzählungen und



Gedichte. Sie bevölkern in bestürzend großer Zahl unsere Welt. Ziellos sind sie unterwegs an den Rändern der Megastädte und in Krisengebieten, Flüchtlinge des Hungers und der Gewalt.

Doch zur Graphik: Ein Kind steht auf einer Schaukel. Es hält sich nicht fest. Es balanciert auf einem Brett. Es scheinen andere Gesetze der Schwerkraft für das Mädchen zu gelten als sonst in der Welt.

Unter ihr dehnt sich eine bedrohliche Wüste. Aus Schloten steigt Rauch. Häuser stehen kreuz und quer. Planlos gebaut, ohne einen Flecken Lebensraum zu lassen. Fabriken und Türme scheinen übereinander zu stürzen. Ist es eine Stadt nach einer Katastrophe? Oder kurz davor? Eine Stadt unkontrollierten Wachstums?

Das Kind schaukelt darüber. Weder scheint es Angst zu haben noch sich bedroht zu fühlen. Es gehört einer anderen Welt an, einer eigenen Welt. Das Kind ist nicht ganz allein. Vögel sind da. Ganz nah eine lustige Eule. Und eine seltsame Hand in der Höhe sieht man. Die Hand gibt Schwung. In mittelalterlichen Bildern wird Gott oft durch eine solche Hand aus der Höhe angedeutet – Gott soll sichtbar werden, obwohl er nicht darstellbar ist. Sichtbar als wirkende Kraft. Auch in dieser Graphik Meckels ist nun eine solche geheimnisvolle Kraft am Wirken. Eine Art Urvertrauen umgibt das Kind. Das Mädchen überlässt sich der Schaukel, ohne Sorge. Da wird schon jemand sein, der festhält. Und dieses Urvertrauen gibt ihm Sicherheit. Es wird nicht fallen.

Das alles nun sieht man auf einem Bild in einem anderen Bild. Außerhalb eines feinen weißen Rahmens dehnt sich eine wunderschöne paradiesisch wirkende Natur, ein Märchenwald von Bäumen wie Federn.

Das Mädchen auf seiner Schaukel scheint in beide Bilder zu gehören. Es ist in seiner Bewegung auch als ein Teil der äußeren Baumwelt vorstellbar. Es schwingt über den Horizont des Stadtbildes hinaus. Es ist Teil von zwei Welten, einem natürlichen Paradies und einer Industriewüste. Es schaukelt hin und her.

Meckel schreibt im Nachwort zu seinem Graphikzyklus: „Der Mensch dieses Zeitalters kann weder auf Staat oder Ideologie, noch ... auf Vernunft und Fortschritt bauen. Er hat nur die Kinder ... Sie allein sind seine immer gültige Utopie.“ Hier schaukelt diese Utopie zwischen den Welten.

Vermutlich ist das auch der Ort des Glaubens – schaukelnd zwischen Paradies und Zerstörung, zwischen verschiedenen Bildern unserer Welt. Der Christ ist zu Hause in einer paradiesischen Wahrheit und Hoffnung, in der Offenheit Gottes, der die Welt erschafft und alles in den Händen hält. Da ist kein Grund zur Angst, und kein Zerstörungsszenario reicht an den Atem Gottes heran, der in jedem Augenblick die Welt erschafft und erhält. Der Christ ist aber auch zu Hause in einer bedrohten Schöpfung, und es ist ein Wunder, dass er sich aufrecht auf der Schaukel hält. Das eine Dasein ist nicht durch das andere aufzulösen. Der Christ lebt dazwischen. Seine Existenz ist ein Paradox. Er ist wie ein träumendes Kind – frei und dabei verletzlich, ungebunden und in allem bedürftig.

Schaukelnd zwischen den Welten. Was für ein schöner, was für ein gefährlicher Ort! Er macht unempfindlich gegen Ideologien, ob sie nun daherkommen in Gestalt des „liberalen Marktes“, des „wissenschaftlichen Fortschritts“ oder „sozialistischer Alternativen“. Dieser Ort ist aber auch kein Rückzugspunkt aus den Fragen unserer Zeit. Die Welt hat immer auch einen anderen Rahmen: und in den schaukeln wir hinein, liebend und glaubend, in Verantwortung und voller Lebenslust.

Christian Lehnert

Wissenschaftlicher Geschäftsführer

des Liturgiewissenschaftlichen Instituts

der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD)

bei der Theologischen Fakultät der Universität Leipzig

Welche Zukunft wollen wir? Anstoß für eine öffentliche Debatte

von Gisela Kallenbach, MdL (Bündnis 90/Die Grünen)

Mitten in der Finanz-, Wirtschafts-, aber auch Gerechtigkeitskrise hat es die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Sächsischen Landtag am Ende des letzten Jahres gewagt, unter dem Motto: „Und morgen? Sozialökologische Alternativen zum Wirtschaftswachstum“ zu einem Workshop anlässlich des jährlich veranstalteten Klimakongresses einzuladen. Erstaunlich viele Interessenten kamen. Dabei wurde und wird uns doch in anhaltender Beständigkeit medial vermittelt: Nur stetiger wirtschaftlicher Aufschwung beseitigt die Krisen. Wirtschaftliches Wachstum verspricht mehr Steuereinnahmen, mehr Arbeitsplätze, weniger notwendige staatliche

Wachstum?
Nein, danke!



... wo's zerstört.

Spaltung



Lebensqualität braucht kein Wirtschaftswachstum.
Eine Aktion der Evangelischen Kirche (?)

© Markus Langer - fatolla.com

Bearbeitung: W. Lechner

Sozialleistungen. Offensichtlich hatten die Teilnehmer/innen noch deutlich vor Augen, dass in Westeuropa und Nordamerika Jahre mit tatsächlichem Wirtschaftswachstum hinter uns liegen, in denen die Bosse und Aktionäre von Wirtschaftsunternehmen und Banken ihren Bonus auf über 25% steigerten, gleichzeitig aber Arbeitsplätze abgebaut und Produktionsstätten wegen profitablerer Produktionsbedingungen ins Ausland verlagert wurden. Gleichzeitig gelten auch in Deutschland fast 16 % der Bevölkerung als armutsgefährdet, das sind über 12 Millionen Menschen! Wir nehmen wahr, dass durch die Beendigung des Kalten Krieges und die Globalisierung der Wirtschaft, der Dienstleistungen und des Kapitals die sogenann-

ten Schwellenländer an ökonomischem Wachstum partizipieren – und das mit gutem Recht. Nur hat das ungeahnte Folgen für unsere Mutter Erde. Wir überstrapazieren bereits vielfach die Grenzen des Ökosystems, der Artenvielfalt, der Bodenfruchtbarkeit. Trinkwasservorräte nehmen ab, das Klima gerät aus den Fugen, wichtige Rohstoffe werden knapp. Millionen Menschen sind vor Hunger und Krieg auf der Flucht.

Sind das neue Erkenntnisse oder eine schlichte Erinnerung an Botschaften, die uns seit Jahren erreichen? Bereits 1972, also schlichtweg vor 40 Jahren, veröffentlichte der Club of Rome sein Buch „Die Grenzen des Wachstums“. Fast zeitgleich schrieb Erich Fromm über „Sein“ statt „Haben“. Die Konferenz in Rio fand vor 20 Jahren statt mit klugen Vorschlägen zur Agenda des 21. Jahrhunderts. Studien über Studien mahnten und unterbreiteten Vorschläge für wirklich nachhaltige Entwicklung, also die gleichberechtigte Bewertung der ökonomischen, ökologischen und sozialen Folgen unseres Handelns. Alles nichts gebracht? Immer schneller, höher, weiter nach bekanntem Muster? Weiterhin Versprechen, dass der freie Markt es schon richten wird?

Natürlich weiß ich, dass es seit vielen Jahren engagierte Menschen gibt, die erkannt haben, dass „Die Zeit drängt“ (so ein Buchtitel von Carl Friedrich von Weizsäcker aus dem Jahr 1986), Menschen, die bereits im konziliaren Prozess der Kirchen (in der DDR von 1987-1989) unter dem Kapitel „Auf der Suche nach einer neuen Lebensweise in der bedrohten Schöpfung“ schrieben:

„Die heutige Lebensweise ist weithin durch Wertvorstellungen und Bedürfnisse geprägt, die aus der wissenschaftlich-technischen und ethisch-kulturellen Entwicklung Europas hervorgegangen sind. Diese Entwicklung ist u.a. gekennzeichnet von Macht- und Machbarkeitsdenken, von Wissenschaftsgläubigkeit und von der Ausbeutung vieler Völker. Sie ging aus von der vermeintlichen Unerschöpflichkeit der materiellen und geistigen Ressourcen (...). Jetzt stoßen wir mit unserem Tun an

die Verträglichkeitsgrenzen unserer Umwelt. Ständiges quantitatives Wirtschaftswachstum ist nun gleichbedeutend mit weiterer Zerstörung der Natur, Gefährdung der Lebensgrundlagen künftiger Generationen, Verarmung vieler Völker und Heraufbeschwörung von inneren sozialen und äußeren militärischen Konflikten um die Ressourcen dieser Welt (...). Wir halten es für notwendig, unsere Lebensweise zu überprüfen an ihrer Verträglichkeit für die Natur, das Leben anderer Völker, das gesellschaftliche Zusammenleben, das Leben des einzelnen Menschen und der kommenden Generationen. Das bedeutet: Bedürfnisse, deren Verwirklichung das Zusammenleben der Menschen in Gerechtigkeit und Frieden und die Bewahrung der Schöpfung gefährden, können nicht mehr als berechnete Bedürfnisse anerkannt werden!“.

Aktueller denn je!

Natürlich weiß ich auch um die vielfältigen Initiativen, mit denen Menschen Schlussfolgerungen aus solcher Erkenntnis für sich und ihre Familien gezogen haben. Sie praktizieren diesen anderen Lebensstil bereits seit Jahrzehnten in Gemeinschaften oder alleine und erzählen davon weiter. Dennoch, der wirkliche Ruck durch unsere Gesellschaft steht immer noch aus. Oder bahnt er sich an?

Ich nehme jedenfalls wahr, dass es heute langsam, aber sicher opportun erscheint, über ein „Wie weiter?“ nachzudenken. Da sagt gar René Obermann, als Telekom-Chef einer der heutigen Top-Verdiener: „Wenn in Umfragen rund die Hälfte der Bundesbürger am System der sozialen Marktwirtschaft zweifelt, ist das ein Zeichen, das wir nicht unterschätzen dürfen.“ Aber was ist es, was die Menschen umtreibt? Ist es das Erbarmen mit der gebeutelten Schöpfung, Mitleid mit dem Elend der Wirtschafts- und Umweltflüchtlinge und den Ausgebeuteten, die Sorge um die Zukunft nachfolgender Generationen? Ist es der Wunsch nach mehr materiellem Wohlstand, also Gier? Oder stimmt es, was der Psychologe Wolfgang Schmidbauer in einem Interview über das Lebensgefühl unserer



Gesellschaft sagt: „Es ist nicht mehr die Sucht nach mehr, die unser Seelenleben bestimmt, sondern die Angst, weniger zu bekommen.“? Setzen uns Verlustängste zu?

Einer solchen Angst zu begegnen und gleichzeitig die Hoffnung und Gewissheit zu vermitteln, dass mehr Lebensqualität statt Abhängigkeit von Wirtschaftswachstum – also Qualität statt Quantität – als neues politisches Leitbild eine nachhaltige Zukunft verspricht, dem widmen sich bereits vielfältige Initiativen. An verschiedenen Universitäten gibt es Lehrstühle für Postwachstumsökonomie. Immer mehr Menschen des öffentlichen Lebens, selbst konservative Politiker und Publizisten hinterfragen die Ideologie des immer währenden Wachstums. Initiativen, wie die Gemeinwohl-Ökonomie oder die Akademie Solidarische Ökonomie, unterbreiten konkrete Vorschläge und wollen Werte wie Kooperation, Wertschätzung, Empathie und Solidarität nicht länger aus dem Wirtschaftsprozess ausklammern. In kirchlichen Akademien wird über die Zukunft des Sozialstaates unter dem Motto: „Solidarisch wirtschaften – eine andere Ökonomie ist möglich“ diskutiert; selbst Tageszeitungen

nehmen das Thema auf, auch Verbände und Parteien. Nicht unerwähnt lassen möchte ich die Schrift der Bundesarbeitsgemeinschaft Christinnen und Christen bei den Grünen und die Angebote der Heinrich-Böll-Stiftung mit ihrer Publikation „Grenzen des Wachstums“ (Heft 2/2011). Im Bundestag wurde eine Enquete-Kommission zur – hoffentlich – kritischen Hinterfragung von „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ einberufen. Eine kirchliche Basisbewegung in Sachsen wirbt deutschlandweit um Unterstützung für die Initiative „anders wachsen“ (siehe den folgenden Artikel). Aus unserem Nachbarland Frankreich ruft uns Stephane Hessel zu: „Empört Euch“, aber auch „Engagiert Euch“. Von der weltweiten Occupy-Bewegung wird noch zu hören sein. Die Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, ist aber für mich ein klares Indiz, dass da etwas in Bewegung kommt in unserer Gesellschaft; dass es eine gewisse Sehnsucht nach Veränderung gibt.

Nehmen wir diese Signale auf und stoßen eine breite gesellschaftliche Debatte an, nicht zuletzt in unseren Kirchen und unter den Leserinnen und Lesern der BRIEFE.

„anders wachsen“

– Initiative gegen die Ideologie des Wirtschaftswachstums

von Christine Müller, Beauftragte für den Kirchlichen Entwicklungsdienst in der Ev. Luth. Landeskirche Sachsens, Mitglied im Initiativkreis „anders wachsen“

Beim Kirchentag im letzten Jahr hatte die Kampagne „anders wachsen“ ihre erste öffentlichkeitswirksame Veranstaltung. Das Präsidium des Kirchentages hatte sich entschieden, den Themen „Globalisierung und Umwelt“ ein eigenes Zentrum zu geben. Bereits die erste Veranstaltung des Zentrums war überfüllt. Sie musste per Video in einen weiteren Saal übertragen werden. Dafür hatte der Initiativkreis „anders wachsen“ gesorgt. Er hatte sich im März 2011 in Leipzig gegründet und verfolgt das Ziel, eine Kampagne gegen die Ideologie des Wirtschaftswachstums zu initiieren, mit der sich die EKD (Evangelische Kirche in Deutschland) klar gegen dieselbe positioniert. Der Initiativkreis nutzte die Möglichkeit, über ein zum ersten Mal beim Kirchentag erprobtes Internetabstimmungsverfahren vor dem Kirchentag einen Resolutionsantrag „Wirtschaft braucht Alternativen zum Wachstum“ einzubringen. Fünf Tage vor Beginn des Kirchentages hatte der Resolutionsantrag bereits die erforderliche Anzahl von 100 Zustimmungen gefunden. Das bedeutete, dass er in der Veranstaltung „Das Ende des Wachstums?“ am 2. Juni in der TU (Technische



Bearbeitung: W. Lechner

Universität) Dresden abgestimmt werden konnte. Dazu mussten mindestens 500 Teilnehmende des Kirchentages anwesend sein. Mehr als 1600 waren gekommen. Der Antrag wurde angenommen. Der Resolutionstext, der sich an Bundestag und EU-Parlament, die bedeutendsten Wirtschaftsforschungsinstitute sowie die zehn größten deutschen Unter-

nehmen richtet, kritisiert die Vorstellung grenzenlosen Wirtschaftswachstums und weist auf die negativen Folgen hin. Er fordert „eine Abkehr von Entwicklungsmodellen, die auf Wirtschaftswachstum beruhen“ und stellt diesen ein Wachsen an Lebensqualität entgegen. Der Resolutionstext ist unten abgedruckt.

Zu den Unterstützern gehören neben den beiden Landesbischöfen Jochen Bohl und Ilse Junkermann die Vizepräsidentin des Bundestages und Präses der EKD Kathrin Göring-Eckardt, die sächsische Landtagsabgeordnete Gisela Kallenbach und der Leiter der Forschungsgruppe Nachhaltigkeit und Klimapolitik, Prof. Dr. Felix Ekardt. Aber auch Wolf Lüdge, Geschäftsführer der Hess Natur-Textilien GmbH, Prof. Niko Paech, Postwachstumsökonom aus Oldenburg, sogar der neoliberale Prof. Dr. Meinhard Miegel, Vorstandsvorsitzender der Denkwerk Zukunft – Stiftung kulturelle Erneuerung, Mitglied der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages, unterstützen diese Kampagne. Das lässt spannende Debatten vermuten, spätestens dann, wenn es um die konkreten Alternativen geht.

Nun will der Initiativkreis die Öffentlichkeitskampagne „anders wachsen“ weiter voranbringen. Bundesweit sollen Initiativen und Einzelpersonen gebeten werden, den Resolutionstext zu unterstützen und wiederum ihre Landessynoden aufzufordern, ihn an die EKD-Synode weiterzuleiten. Das wird schwer genug, denn es hätte auch Folgen für das eigene Wirtschaften der Mitgliedskirchen der EKD und ihrer Werke.

Die erste Hürde ist genommen: Auf der Herbsttagung 2011 hat die sächsische Synode den Antrag der Initiative aufgenommen und den Rat und die Synode der EKD gebeten, „sich des Themas `Wirtschaft braucht Alternativen zum Wachstum` anzunehmen und der falschen Vorstellung vom grenzenlosen Wirtschaftswachstum zu widersprechen, von den Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft ein Ende des Zwangs zum quantitativen Wirtschaftswachstum zu fordern.“ Weiterhin hat uns der Präsident der Synode mitgeteilt, dass sich der



Bearbeitung: W. Lechner

Sozialethische Ausschuss auf seiner Frühjahrstagung intensiver mit der Thematik beschäftigen wird und dazu Experten aus Politik und Wirtschaft einbezieht. Wir dürfen gespannt sein.

Um den Druck von unten auf die EKD auszubauen, sammelt die Initiative weiterhin Unterschriften. Auf der website kann man die Petition online unterzeichnen, aber auch Listen zum Ausdrucken finden. Diese sächsische Initiative hat mittlerweile UnterstützerInnen in der gesamten Bundesrepublik. Sie sieht ihre Aufgabe darin, alternative Ansätze zu sammeln und die Debatte darüber anzuregen. Dazu gibt es auf der website zahlreiche Links. Am Buß- und Betttag, dem 21. November 2012, soll die Kampagne in der Thomaskirche in Leipzig ihren Abschluss finden. Die Postwachstumsökonominnen Prof. Brand und Prof. Paech werden mit Hilfe der Moderatorin Daniela Kolbe (MdB und Vorsitzende der Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“) ihre Positionen vorstellen und miteinander debattieren. Im Anschluss daran sollen in zahlreichen Workshops verschiedene Konzepte und Ansätze diskutiert werden.

Save the date!

Auch wenn die Kampagne sehr kirchlich geprägt ist, hofft der Initiativkreis auch auf Resonanz aus breiten Kreisen der Bevölkerung und natürlich auch auf weitere UnterstützerInnen aus dem Umfeld von Bündnis 90/Die Grünen.

www.anders-wachsen.de

Resolution, am 2. Juni verabschiedet auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag 2011 in Dresden

Wirtschaft braucht Alternativen zum Wachstum.

Häuft nicht auf der Erde Schätze für euch an (...). Häuft vielmehr im Himmel Schätze für euch an (...).

Denn wo dein Schatz ist, da wird auch dein Herz sein. (Matthäus 6,19-21)

Gott, der Herr, nahm den Menschen und setzte ihn in den Garten Eden, dass er ihn bebaute und bewahrte. (1. Mose 2,15)

Mit der Schöpfung hat Gott dem Leben auf der Erde Grenzen gesetzt.

Es gehört zum Geschöpfsein des Menschen, diese Grenzen anzuerkennen.

Wir widersetzen uns der falschen Vorstellung vom grenzenlosen Wirtschaftswachstum.

Der Lebensstandard in den Industrieländern ist auf dem höchsten Niveau in der Geschichte.

Der weitere Zwang zum wirtschaftlichen Wachstum jedoch fördert verheerende Entwicklungen:

- Der Markt dehnt seinen Anspruch auf immer mehr Bereiche unseres Lebens aus.
- Der Mensch dient zunehmend der Wirtschaft, nicht mehr die Wirtschaft dem Menschen.

Die Idee des Rechtsstaats als moralisches Minimalprinzip moderner Gesellschaften

von Joy Kumar Chowdhury

Vorwort

Die Klage über den Werteverfall innerhalb einer Gesellschaft ist so alt wie die Menschheit, und sie endet meistens mit der resignativ-rhetorischen Wendung: Wo soll das nur hinführen? Nicht selten wird der attestierte Werteverfall insbesondere von der älteren Generation beklagt und der Jugend dafür die Schuld gegeben, denn früher war bekanntlich alles besser. Schon Platon stellt in der Politeia die Jugend und den Sittenverfall an den Pranger und den Untergang der Kultur, sogar der ganzen Gesellschaft, in Aussicht.¹ Wir ersehen also, dass der Werteverfall oder – entweder deskriptiv-neutral gefasst oder gar mit positiver Konnotation – der Wertewandel kein Phänomen neueren Datums zu sein scheint und seit jeher Gegenstand der Philosophie gewesen ist. Dass Werte in einer Gesellschaft sich wandeln können und dies auch tatsächlich tun – diese Einsicht ist so trivial wie die Feststellung, dass manche Werte sich erhalten, tradiert werden und es sogar zu einer Wiederbelebung alter Wertvorstellungen kommen kann. Gleichwohl entdecken wir hierbei eine interessante Fragestellung, die für das Zusammenleben von Menschen unabdingbar ist: Was hält eine Gesellschaft zusammen? Eine solche Frage ist unabweislich, soweit der Mensch gemäß der aristotelischen Anthropologie Staaten bildend, d.i. ein politisches Lebewesen und von Natur aus zur Gemeinschaftlichkeit bestimmt ist.² Denn von Natur aus zur Gemeinschaftlichkeit bestimmt

¹ Vgl. Platon: Der Staat. Buch 4. 245 a-d. in: Sämtliche Dialoge. Band IV. Hamburg (Meiner) 2004.

² Vgl. Aristoteles: Politik. Buch A, Kap. 2; 1253 a 2. in: Philosophische Schriften. Band V. Hamburg (Meiner) 1995.

DIE THEMENSEITEN

WERTE UND WERTEWANDEL

zu sein, verrät nichts über die Bedingungen von stabilen Verhältnissen, und die Geschichte der Menschheit hat genügend Beispiele zur Hand, zu welchen Barbareien der Mensch trotz seiner sozialen Natur fähig ist, wenn die sozialen Verhältnisse zur Instabilität neigen. Die Disposition zur Kooperation scheint aber zumindest angesichts der Erkenntnisse der Evolutionsbiologie, mehr noch der Soziobiologie, durchaus mehr zu sein als die Traumtänzeri einiger antiker Philosophen und romantisierender Sozialwissenschaftler, die nach der Hobbesschen Wendung die Wolfsnatur des Menschen mit ihrer Tendenz zum Krieg eines jeden gegen jeden³ nicht gesehen haben oder sehen wollten. Denn eine dispositive Kooperationsnatur schließt die Aggression und die Gewalt niemals vollständig aus, im Gegenteil: Der von Hobbes skizzierte Naturzustand – bellum omnium contra omnes – ist, wie Odo Marquard zu Recht feststellt, keine „vollendete Wirklichkeit, sondern latente und stets bedrohliche Möglichkeit“.⁴ Dieses Problem soll nachfolgend skizzenhaft thematisiert werden, denn wenn die Natur es nicht richtet, so muss es Menschenwerk sein, das den Frieden garantiert, und Frieden ist – Kant sagte es – kein status naturalis, sondern er muss gestiftet werden.⁵ Die These, die vorgestellt werden soll, lautet wie folgt: Die Idee des Rechtsstaats ist das ethisch-politische Minimalkonzept, das jeder Form von moderner Gesellschaft zugrunde liegen sollte, um den spezifischen Problemen der Gegenwart gerecht werden zu können. Vielleicht lässt sich erweisen, dass moderne Gesellschaften für ihren Zusammenhalt zunächst nur über eine minimale, aber notwendige Basis verfügen müssen, und das ist die gemeinsame Verpflichtung auf eine gemeinsame Idee des Rechten und des Rechtsstaats. Es geht also darum, über eine leitende Idee nachzudenken, ohne in das propagandistische Gerede einer Leitkultur zu verfallen, die der Sache nach die Tendenz in sich trägt, zur Leidkultur zu werden und das Recht als wesentliche Idee

³ Vgl. Hobbes, Thomas: Leviathan. Berlin und Neuwied (Suhrkamp/Herman Luchterhand) 1966, Kapitel 13.

⁴ Marquardt, Odo: Aesthetica und Anaesthetica. München (Fink) 2003, S. 24.

⁵ Vgl. Kant, Immanuel: Zum Ewigen Frieden. Zweiter Abschnitt. Stuttgart (Reclam) 1986.

einer Kultur aufgrund von Identitätsängsten zugunsten kulturalistischer Kurzschlüsse zu verraten.

Was macht den Wertewandel gefährlich?

Die bereits angesprochene Frage nach dem Wohin angesichts des Wertewandels zeigt vor allem eines: Ein Wandel im Wertesystem erzeugt Unsicherheit und nicht zuletzt Orientierungslosigkeit. Wer bereits ein hinreichend stabiles Orientierungssystem besitzt und wertschätzt, kann einen solchen Wandel allzu schnell als Verfall brandmarken und dabei die Chancen zum Besseren übersehen. Dass sich alles wandelt, ist schon von Heraklit als Grundprinzip der Welt vertreten worden und erntete Widerspruch seitens der platonischen Ideenlehre und der darauf folgenden Ethik: Denn woran solle man sich orientieren, wenn alles im Wandel sei? Darum ist jeder Skeptizismus in Bezug auf ewige Prinzipien politisch selten attraktiv gewesen. Zweifel und Unzufriedenheit sind jedoch der Motor des sozialen Wandels – und der Philosoph ist grundsätzlich unzufrieden mit der Welt, wie sie ist: Sie ist nicht in Ordnung.⁶ Das damit einhergehende Überdenken des Bestehenden kann zwar zur Bestätigung, aber auch zum Fall des Bestehenden führen. Die Gefahr ist jedoch stets dieselbe: Orientierungslosigkeit, die in politischer Instabilität mündet. Wer also mit der Philosophie Staat machen will, der benötigt Fixpunkte, aber welche? Der Wertewandel ist eine Tatsache, er ist Wirklichkeit und seit jeher mit der Furcht verbunden, dass die Stabilität einer Gemeinschaft gefährdet wird und das Gemeinwesen am Ende zerbricht. Für diejenigen, die den status quo allerdings für bedenklich oder gar abschaffungswert halten, ist der Wertewandel stets ein Hoffungsstreif am Horizont, sofern die Aussicht besteht, dass sich die Werte zum Besseren hin wandeln.

⁶ Vgl. Adorno, Theodor: Keine Angst vor dem Elfenbeinturm. Interview mit Theodor Adorno. Spiegel 19/1969. (Spiegel-Verlag). Anmerkung: Ob die Welt jemals in Ordnung war oder ob sie überhaupt jemals in Ordnung sein wird, gehört in den Bereich der Geschichtsphilosophie, die hier nicht näher behandelt werden kann. Festzuhalten ist jedoch, dass der Philosoph mindestens mit dem status quo unzufrieden ist.

Der moderne Rechtsstaat

Die Bundesrepublik Deutschland versteht sich als ein moderner Rechtsstaat, und das Rechtsstaatsprinzip ist ein unhintergebar Bestandteile der verfassungsmäßigen Ordnung. Das mag zunächst wie eine Selbstverständlichkeit anmuten, insbesondere, weil sich die meisten Staaten, zumindest vordergründig, zum Rechtsstaatsprinzip bekennen, aber es erscheint gefährlich, den Rechtsstaat als selbstverständliche Gegebenheit vorauszusetzen. Denn wo der Rechtsstaat als eine Selbstverständlichkeit erachtet wird, besteht die Gefahr, dass er untergraben wird, ohne dass jemand Notiz davon nimmt. Die Abschaffung des Rechtsstaats ist wie der Hobbesche Naturzustand jederzeit eine bedrohliche, latente Möglichkeit. Die Errichtung eines „Unrechtsstaat“ bedarf nicht notwendig einer gewaltsamen Revolution entsprechender Kräfte, sondern kann auch durch demokratische Wahlen oder durch eine bereits herrschende politische Gruppierung zustande kommen. Gegenwärtige Diskussionen (Feindstrafrecht, Minarett-Verbot usw.) zeigen, dass gewisse rechtsstaatliche Prinzipien nach der Ansicht einiger – oder vieler – gefälligst hinter moralischen Einstellungen einer Mehrheit zurückzutreten haben. Die (versuchte oder vollendete) Aushebelung rechtsstaatlicher Prinzipien geschieht dabei nicht unbedingt bewusst, aber es zeigt sich, dass gewisse moralische Einstellungen grundlegende rechtsstaatliche Prinzipien nicht (mehr) als höchsten Wert in ihrem Staatsverständnis beinhalten.

Was den modernen Rechtsstaat auszeichnet, ist indes keine einfache Frage. Als Grundlage kommen jedoch Demokratie, Säkularismus und Liberalismus in Betracht. So bekennt sich das deutsche Volk mit seiner Verfassung explizit zu einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat, wobei sich die Rechtsstaatlichkeit über die Bindung an entsprechende Prinzipien entfaltet, beispielsweise das Rückwirkungsverbot.⁷ Es wäre verrückt, den Staat als formal-juristisches Gebilde mit der Gesellschaft oder gar mit einer Kultur identifizieren zu wollen. Staaten können säkular und weltanschaulich neutral sein, während die Menschen und ihre Kultur es nicht sind. „Gesellschaft“ ist ein unklarer bis nebulöser

DIE THEMENSEITEN

WERTE UND WERTEWANDEL

Begriff, ebenso wie Kultur, während der Begriff des Staates hingegen aufgrund der Tatsache, dass es sich dabei um einen Rechtsbegriff handelt, hinreichend klar definiert ist. Nach Georg Jellinek wird die Auffassung geteilt, der Staat bestehe aus den drei folgenden Elementen: Staatsvolk, Staatsmacht und Staatsgebiet.⁸ Diese Trennung von Staat und Kultur ist jedoch spezifisch modern und findet historisch betrachtet seinen Ausdruck in der Errungenschaft eines elementaren Menschenrechts, nämlich der Religions- oder Bekenntnisfreiheit, die sich in Folge der blutigen Konfessionskriege als Staatsprinzip und kodifiziert als positives Recht durchsetzen konnte. So wird die erste Spaltung⁹ zwischen Staat als juridischem Herrschaftssystem und der Gesellschaft offenkundig – die Gesellschaft wird heterogen, sie wird pluralistischer. Was juristisch zum Staatsvolk erklärt wird, kann soziologisch nur als heterogene Masse bezeichnet werden. Heterogenität ist eine Tatsache, Pluralismus dagegen ein normatives Konzept. Nur wenige Gesellschaften sind wirklich de

⁷ Das Rückwirkungsverbot im Strafrecht ist zwar nur eines der Rechtsstaatsprinzipien, jedoch zeigt sich an ihm deutlich das Spannungsfeld von individuellem moralischen Urteil und rigorosem, auf Neutralität getrimmten Rechtsdenken. *Nulla poena sine lege*: keine Strafe ohne Gesetz. Da sich das Recht auf den Bereich der Legalität (Legalität ist die bloße Übereinstimmung von äußerer Handlung und Gesetz) beschränkt, kann der Staat nur äußere Handlungen bestrafen, die zum Zeitpunkt der Tatbegehung vom Gesetzgeber durch einen positiven Rechtssatz als strafbar kodifiziert worden ist. Die hieraus resultierende Problematik beschäftigt Rechtstheorie und Praxis gleichermaßen immer wieder, z.B. bei der Frage nach der Strafbarkeit der Mauerschützen in der DDR oder der Verurteilung von NS-Tätern.

⁸ Jellinek, Georg: *Das Recht des modernen Staates. Allgemeine Staatslehre.* Whitefish (Kessinger) 2010.

⁹ Tatsächlich ist die Frage der Religionsfreiheit historisch betrachtet nur die erste Spaltung zwischen juridischem Staat und der Gesellschaft. Die Entwicklungsgeschichte der Menschen- und Grundrechte sowie ihre Interpretation zeigt deutlich, wie sehr sich dieser Spaltungsprozess bis in die Gegenwart vollzieht: Beispiele hierfür sind in der BRD die Verweigerung der Wehrpflicht aus Gewissensgründen, die Legalisierung homosexueller Beziehungen (Streichung des § 175 StGB) oder der Themenkomplex geschlechtsspezifische Gleichbehandlung. Was hierbei Recht ist, wurde oder wird gerade nicht von allen gesellschaftlichen Gruppen mitgetragen.

facto homogen gewesen und der Mangel an pluralistischem Denken hat zu erschreckenden Folgen geführt. Die Wirklichkeit der Heterogenität moderner Gesellschaften nicht als Faktum anerkennen zu wollen verführt zu Sichtweisen, deren Lösungsansätze mehr als barbarisch und des Menschen moralisch unwürdig sind. Der Pluralismus als Ideologie ist also nichts weiter als die moralische Akzeptanz und Bejahung des Faktischen – und aus praktischen Gründen tut insbesondere ein Staat gut daran, das Faktum der Heterogenität und des Pluralismus nicht nur zu tolerieren, sondern zu akzeptieren. Denn gesellschaftlicher Pluralismus bedeutet mehr als nur faktische Vielfalt; er verspricht die Anerkennung und die moralische Zustimmung zum Faktischen, wenn Pluralismus nach der oben skizzierten Auffassung eine Ideologie ist. Der Rechtsstaat ist also nicht die Gesellschaft, aber das Recht und damit der Rechtsstaat beziehen sich auf die Gesellschaft. Eine Identifizierung von Staat und Gesellschaft sucht zwar die Kluft zwischen beiden Elementen abzubauen, aber sie ist ein fragwürdiges Konzept. Denn wo das heterogene Volk und seine Kulturen in erster Linie als staatsdienlich gedacht und vereinnahmt werden, kommt es zum Konflikt zwischen individueller Freiheit des Einzelnen oder kleinen Gruppen und dem Staat als vereinnahmende Machtinstanz. Gesellschaft und Kultur sind immer – in einem weiten Sinne – politisch. Der moderne Rechtsstaat als verfahrensrechtliche Republik jedoch trennt sich von Gesellschaft und Kultur ab, auch wenn er historisch in ihnen wurzelt. Wird nun aber das Recht politisiert, steht man mit einem Bein im Totalitarismus. Eine solche Gefahr besteht stets, wenn das Moralisch-Politische die Herrschaft in der Sphäre des Rechts übernimmt und so den modernen Rechtsstaat aushebelt.

Der Rechtsstaat als moralische Identifikationsquelle

Ein Rechtsstaat hat Werte. Insofern wäre es verfehlt, eine verfahrensrechtliche Republik als normativ neutral kennzeichnen zu wollen, denn jede Rechtsnorm ist in erster Linie eine Norm, wenn auch eine Norm mit spezifischen Charakteristika.

DIE THEMENSEITEN

WERTE UND WERTEWANDEL

Der moderne Rechtsstaat lebt allerdings von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.¹⁰ Es ist jedoch unklar, welche Voraussetzungen das sind. Manche lesen hier mit historischem Blickwinkel so etwas wie eine christliche Leitkultur hinein. Jedoch wäre eine andere ahistorische Lesart vorteilhafter, nämlich, wenn unter den Voraussetzungen die moralische Anerkennung des Rechtsstaats verstanden wird. Ein funktionierender Rechtsstaat bedarf mehr als nur der juridischen Existenz: Er bedarf der Anerkennung durch den Bürger. Denn der Bürger lebt – auch ungewollt und im falschen Bewusstsein der vermeintlichen Apolitizität – trotz allem politisch; selbst Resignation, Desinteresse und der Rückzug aus der Tagespolitik der Parteien ist politisch. Um den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat ist es indes schlecht bestellt, wenn das Desinteresse am Politischen die Oberhand gewinnt, denn Demokratie setzt in der Theorie vernunftbegabte, engagierte Bürger voraus: Ohne bürgerliche Partizipation ist das demokratische Modell praktisch nicht realisierbar. Stell dir vor, es gibt Demokratie und keiner geht hin. Der Rechtsstaat muss also nicht nur de jure existieren, er muss auch anerkannt und gestützt werden, nämlich durch den Bürger. Denn nicht selten muss der Rechtsstaat durch den Bürger gegen die repräsentativen Kräfte erkämpft werden: Nicht ohne Grund gibt es das Mittel der Verfassungsbeschwerde. Darin zeigt sich gleichsam auch der Sinn für Skepsis: Marquard hat Recht – „Skepsis ist der Sinn für Gewaltenteilung“¹¹ und wir erleben tagtäglich, dass einzelne Gewalten bei ihren rechtsstaatlichen Verpflichtungen scheitern, wie jeder nachvollziehen kann, der sich mit der gegenwärtigen Sozialpolitik (vor allem ihrer Praxis) befasst. Wenn Gesellschaften sich nun als heterogen erweisen und es schwer fällt, eine gemeinsame Basis zu finden, so bietet sich das Rechtsstaatsmodell als Identifikationsmodell an. Denn durch die Idee des Rechts ist der Rechtsstaat auf das Gleichheitsprinzip und Neutralität verpflichtet und bietet den optimalen Raum für individuelle

¹⁰ Vgl. Böckenförde, Ernst-Wolfgang: Staat, Gesellschaft, Freiheit. Frankfurt/Main (Suhrkamp) 1976, S. 60.

¹¹ Marquard, Odo: Skepsis in der Moderne. Stuttgart (Reclam) 2007, S. 51.

DIE THEMENSEITEN

WERTE UND WERTEWANDEL

Freiheit. Damit wird der Idee des Rechts ein Vorrang vor der Idee des Guten eingeräumt. Gleichwohl aber wird zugestanden, dass der Rechtsstaat selbst eine Minimalbedingung des Guten voraussetzt, nämlich dass der Rechtsstaat selbst gut sei. Das ist ein Punkt, den John Rawls genannt hat¹² und der von der kommunitaristischen Kritik an der verfahrensrechtlichen Republik übersehen worden ist. Auch der Rechtsstaat hat ein ethisch-moralisches Fundament, das zur Neutralität und der Idee des Rechts hinführt: Nicht umsonst verortet Kant die Idee des Rechts in die Metaphysik der Sitten und stellt trotz – oder vielleicht sogar wegen – der strikten Trennung zwischen Moral und Recht fest, dass das Rechthandeln eine Pflicht sei, die von der Ethik gestellt wird.¹³ Die moralische Verpflichtung auf den Rechtsstaat hat den Vorteil, dass sie eine Minimalforderung darstellt: Allein das Bekenntnis zu gemeinsamen regulierendem juridischen Wertesystem ist hiernach das Mindestmaß an moralischer Pflicht, die ein Zusammenleben auf gemeinsamer Wertebasis garantiert. Der moderne Rechtsstaat ist demokratisch, säkular und liberalistisch: Insofern tut er gut daran, dafür zu sorgen, dass der Bürger sich mit ihm als ethisches Minimalprinzip identifizieren kann. Mehr als einen solchen Verfassungspatriotismus kann man sich möglicherweise ohnehin nicht leisten, wenn es um das halbwegs stabile Gefüge geht, was wir Gesellschaft nennen.

Das Projekt Aufklärung

Man muss sich fragen, ob und auf welche Weise eine solche Anerkennung des Rechtsstaates als gemeinsame Basis einer Gesellschaft erzielt werden kann, denn wir ersehen, dass dem Politischen und erst recht dem Juridischen in der Regel mit Gleichgültigkeit begegnet wird. Dennoch glaubt der Staat an seinen Erziehungsauftrag, wie sich in den Schulplänen zeigt: Dort sollen junge Menschen geformt werden, nämlich zu den urteilsfähigen

¹² Rawls, John: Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt/Main (Campus) 1975, S. 435.

¹³ Kant, Immanuel: Die Metaphysik der Sitten. Frankfurt/Main (Suhrkamp) 1977, S. 338.

DIE THEMENSEITEN

WERTE UND WERTEWANDEL

Bürgern, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung benötigt. Doch irgendwie scheinen die Versuche nicht allzu fruchtbar zu verlaufen, die Wahlbeteiligung wie auch das politische Interesse sinken. Es wäre illusorisch zu glauben, dass die Idee des Rechtsstaats bereits der allgemein anerkannte Boden einer gemeinschaftlichen Wertvorstellung ist. Der Rechtsstaat ist gegenwärtig nur als Verwaltungsapparat anerkannt, wenn überhaupt, aber seine moralische Dimension wird vernachlässigt. Doch der Staat selbst kann hierbei keine Abhilfe schaffen, denn alle Versuche seitens des Staates, den Menschen moralischer zu machen, scheinen fruchtlos. Es ist vielmehr nötig, sich die Prämisse zu vergegenwärtigen, auf der moderne Rechtsstaaten fußen – und diese Prämisse ist im Wesentlichen das Projekt Aufklärung, ein bis heute nicht abgeschlossener Prozess. Nun existieren Freiheiten, aber sie werden nicht genutzt: Wer bekommt schon im Politikunterricht seine Grundrechte erläutert, und wer hat schon von seinem Petitionsrecht Gebrauch gemacht? Nicht die große Revolution, der gewaltsame politische Umsturz ist der Fortschritt, sondern, wie Kant zu Recht sagte: Die „wahre Reform der Denkungsart“¹⁴ für die jeder Bürger zunächst selbst verantwortlich ist. Der öffentliche Raum, der von damaligen Aufklärern gefordert wurde, existiert, aber er bleibt größtenteils ungenutzt, und es findet nur selten eine gegenseitige Aufklärung, ein freier Vernunftgebrauch durch das Publikum statt. Doch gerade das ist das Fundament für den modernen Rechtsstaat, das er nicht selbst garantieren kann: Die Garantie kommt vom einzelnen Menschen, der Faulheit und Feigheit¹⁵ überwinden und sich seines eigenen Verstandes bedienen will. Den Rechtsstaat als Grundwert für eine stabile Gesellschaft einsichtig machen zu können und seine Anerkennung zu generieren bleibt damit die schwere Aufgabe jedes einzelnen Bürgers, die jeden Tag eine neue Herausforderung bedeutet: nicht nur für die Mitmenschen, sondern vor allem auch für sich selbst.

¹⁴ Kant, Immanuel: Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?
In: Berlinische Monatsschrift 4. 1784, S. 481-494.

¹⁵ Vgl. ebd.

DIE THEMENSEITEN

WERTE UND WERTEWANDEL

Joy Kumar Chowdhury ist 3. Sieger des Ideenwettbewerbs „Werte und Wertewandel in Deutschland – Was hält die Gesellschaft zusammen?“ der Deutschen Gesellschaft e.V., Berlin.

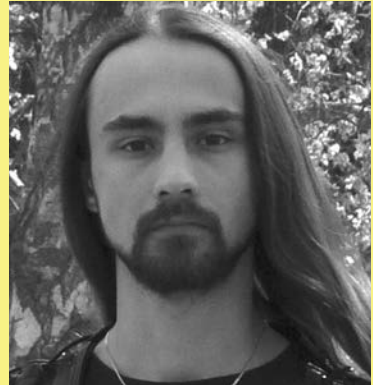
Der Text ist eine gekürzte Fassung der Ur-Version, die Sie bei der dg e.V. beziehen können:

Heide Stache
Leiterin Kultur und Geschichte
Deutsche Gesellschaft e. V.
Mosse Palais
Voßstr. 22 | 10117 Berlin
Fon (030) 88 412 201
Fax (030) 88 412 223
heide.stache@deutsche-gesellschaft-ev.de
www.deutsche-gesellschaft-ev.de

Unser Exkurs in die Welt des Ideenwettbewerbs endet in dieser Ausgabe der BRIEFE. Wir danken der Deutschen Gesellschaft e.V. für die freundliche und unkomplizierte Zusammenarbeit.

Joy Kumar Chowdhury

Geboren wurde ich 1983 in Dortmund als einziges Kind meiner Eltern. Seit meinem fünften Lebensjahr jedoch verbringe ich mein Leben in Hessen. Nach meinem Abitur am Wolfgang-Ernst-Gymnasium in Büdingen verschlug es mich dann in den Kreis Gießen, genauer gesagt nach Großen Buseck, um an der Justus-Liebig Universität Philosophie, Politik und Rechtswissenschaften zu studieren. An jener Universität absolvierte ich 2011 meinen Magister Artium. Gegenwärtig setze ich mein Studium fort, um das Staatsexamen für das gymnasiale Lehramt mit den Fächern Philosophie/Ethik sowie Politik und Wirtschaft zu erlangen. Zudem ist ein Dissertationsvorhaben im Bereich der politischen Theorie am Institut für Politikwissenschaften in Planung. Neben dem Studium bin ich im hiesigen Ortsverein der SPD aktiv, mit der festen Überzeugung, dass wirksames politisches Engagement im Kleinen beginnt.



Dass ich überhaupt am Essay-Wettbewerb der Deutschen Gesellschaft e.V. teilnehmen konnte, verdanke ich Martina Richter. Sie entdeckte das Ausschreibungsplakat wenige Tage vor Ablauf der Bewerbungsfrist im Romanistischen Institut der Universität Heidelberg, und ohne ihre Mitteilung hätte ich nicht die Möglichkeit gehabt, meinen Gedankengang einem Publikum vorzutragen, der über meinen Freundeskreis hinausgeht. Trotz der hier vorgenommenen Kürzungen hoffe ich, zumindest die Grundzüge meiner Überlegungen verständlich dargestellt und den Leserinnen und Lesern etwas Zumutbares vorgelegt zu haben.

Kinder sind demokratische Staatsbürger/-innen

von Eva-Maria Reinwald und Tobias Thiel

Demokratie lebt von der Verantwortung des Bürgers für gesellschaftliche und politische Prozesse. Dazu gehört es, gesellschaftliche Zusammenhänge zu beurteilen und dazu fundiert Stellung zu nehmen, politische Handlungsmöglichkeiten zu erkennen und nutzen zu können. Der Auftrag der politischen Bildung ist es, den Einzelnen und Gruppen dabei zu unterstützen.

Partizipation von Kindern und Jugendlichen ist für die Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft grundlegend und kann nicht früh genug beginnen. Die Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt e.V. führt deshalb Angebote der politischen Bildung durch, die sich bereits an Kinder im Grundschulalter richten.

Kinder und Politik: eine unterschätzte Beziehung

Aber besitzen Kinder die Kenntnisse und Fähigkeiten, politische und gesellschaftliche Zusammenhänge zu verstehen und ihre Bürgerrolle in einer Demokratie aktiv wahrzunehmen? An der Universität Mannheim wurden im Projekt „Demokratie Leben Lernen“ 800 Kinder zwischen sechs und zehn Jahren zu ihrem Verständnis von Politik und Demokratie befragt (van Deth 2010: 55 ff.). Die Wissenschaftler stellten fest, dass Kinder grundlegende Machtzusammenhänge verstehen, sich für wesentliche politische Fragen interessieren und aktuelle politische Themen kennen. Sie kamen zum Ergebnis, dass die Beziehung zwischen Kindern und Demokratie deutlich unterschätzt werde.

Auch andere Studien weisen darauf hin, dass Kinder „bereits auf Politik bezogene Wahrnehmungs- und Verarbeitungsmuster, politisch-demokratische Bewusstseinsstrukturen in Vorformen und ersten Ausprägungen

sowie politisch relevante Persönlichkeitsmerkmale, Orientierungen und Handlungskompetenzen entwickelt bzw. ausgebildet haben, die insgesamt als Schritte auf dem Weg zur politischen Kultur verstanden werden können“ (Ohlmeier 2010: 258). Entwicklungspsychologisch sind Kinder zu formalem Denken fähig, wenn sie Unterstützung erhalten. „Die Gefahr einer ‚bedenklichen Unterforderung‘ von Grundschulkindern scheint in der Praxis größer zu sein als die einer Überforderung“. Ähnlich wie das Lesen müssen Kinder lernen, „sich mit Machtprozessen und dem öffentlichen Leben auseinanderzusetzen und ihre affektiven Bindungen an das politische System kritisch zu reflektieren“ (vgl. Massing 2007: 26). Schon Grundschulkindern verfügen „über eine naive Theorie zur Politik ... und [leben] eben nicht in einer politikfreien Welt“ (Götzmann 2007: 87).

Unter welchen Bedingungen können Kinder Verantwortung übernehmen, Räume mitgestalten, ihre Interessen vertreten, komplexe (gesellschafts-) politische Sachzusammenhänge verstehen und sich ein Urteil bilden? Im Folgenden soll an ausgewählten Beispielen gezeigt werden, wie mit Kindern – und intergenerationell – erfolgreich politisch Demokratie gelernt werden kann und auf welchen Ebenen die Konzepte ansetzen.

Kinderakademien & Co – Erfahrungsberichte aus der Praxis

Vom sozialen Lernen zu politischen Kategorien.

Da Kinder in der Regel nicht an klassischen Veranstaltungen der außerschulischen Bildung teilnehmen, arbeiten die meisten Angebote in enger Kooperation mit Grundschulen und Horten. So auch das Weimarer Projekt „Findet Demo!“ des Diskurs e.V., das gemeinsam mit der Europäischen Jugendbildungs- und Begegnungsstätte Weimar und der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt e.V. seit sechs Jahren an Grundschulen umgesetzt wird. Es bietet Projekttage meist in der Schule und in der Unterrichtszeit an. Ziel ist es, regelmäßig in den Unterrichtsalltag von Schulen integriert zu werden, möglichst mit allen Kindern und allen Lehrkräften und teilweise sogar mit den Eltern einer Schule – also intergenerationell – zu arbeiten. Zwei bis drei

DIE THEMENSEITEN

WERTE UND WERTEWANDEL

Teamer/-innen beginnen mit den Schüler/-innen mit Hilfe von Interaktionsübungen zuerst zum Miteinander in der Klasse zu arbeiten. Später wird über Regeln nachgedacht und darüber, wie die Schule noch besser werden könnte. In den Reflexionsrunden sprechen kindgroße Handpuppen mit den Kindern. Durch diesen spielerischen Zugang öffnen sich die Grundschüler/-innen leichter. Ein Austausch über Gefühle, Bedürfnisse und Interessen wird möglich. Auch erste Gespräche zur Macht(losigkeit) und wie sich die Kinder eine gerechte Welt vorstellen, werden so geführt. In der Reflexion über das soziale Lernen fließen so politische Kategorien ein, die die Kinder befähigen – zuerst ihr Umfeld, später auch gesellschaftliche Ebenen – zu beurteilen (vgl. www.findetdemo.de).

Von politischen Themen zur Beteiligung.



Es geht aber auch anders. Ganz außerschulisch, als Ferienangebot, führten wir die Kinderakademie „Wir haben Rechte“ durch. Kinder waren eingeladen, sich eine Woche lang mit den Kinderrechten auseinanderzusetzen, zu einem von uns gesetzten politischen Thema. Die teilnehmenden

Kinder versprachen sich davon, im Alltag ihre Rechte besser durchsetzen zu können. Außerdem lockte ein hoher Erlebnisfaktor.

In Entdeckertouren erkundeten die Kinder in der Wittenberger Innenstadt die Bedeutung und Umsetzung der Kinderrechte. Sie erfuhren Dinge, die sie bisher so nicht erlebt hatten. Dazu gehörten die Fahrt mit einem Rollstuhl über den gepflasterten Marktplatz, der bewusste Einkauf gesunder Produkte, ein Besuch im Eine-Welt-Laden und das Anmelden einer Demo zum Weltkindertag. Außerdem erarbeiteten die Kinder Wünsche an ihre Stadt, die sie in einem Buch festhielten. Sie beschlossen, die angemeldete Demo tatsächlich durchzuführen. Am Weltkindertag zogen 20 Kinder mit dem unüberhörbaren Ruf „Rechte haben wir!“ durch die Stadt und trafen am Marktplatz den Bürgermeister, der das Wunschebuch dankend entgegennahm und versprach, die Vorstellungen der Kinder zu prüfen

DIE THEMENSEITEN

WERTE UND WERTEWANDEL

und in den Stadtrat einzubringen. Ein halbes Jahr später lud er die Kinder ein und berichtete, welche Wünsche erfüllt werden konnten und warum sich andere Ideen nicht realisieren lassen.

Aus der Beschäftigung mit politischen Themen erwuchs in diesem Fall eine konkrete Beteiligungserfahrung. Von Anfang an sollten die Kinder soziale Erfahrungen machen, sich mit politischen Themen auseinandersetzen und angeregt werden, sich an gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen.



Außerdem gab es im Vorfeld des Projektes bereits Vorabgespräche mit der Stadt, in der diese sich verpflichtete, Wünsche und Forderungen von Kindern zumindest wohlwollend zu prüfen. Somit war auch abgesichert, dass Beteiligungsbemühungen der Kinder ernst genommen werden und nicht nur Sandkastenspiele sind (vgl. <http://www.junge-akademie-wittenberg.de/kinder>).

Die Erfahrungen aus der Kinderakademie fließen in die Entwicklung von Kinderrechte-Entdeckertouren ein, die die Akademie an verschiedenen Orten einsetzt – auf Nachfrage auch bei Ihnen (siehe Kasten Seite 18).

Die Haltung der Erwachsenen.

Damit Kinder mitbestimmen können, müssen Erwachsene Macht abgeben und gleichzeitig Verantwortung für die demokratischen Prozesse übernehmen, an denen die Kinder beteiligt sind. Erwachsene müssen (Frei-)Räume schaffen und zulassen. Die Haltung Erwachsener ist eine zentrale Gelingensbedingung der politischen Bildung mit Kindern. In gemeinsamen Tagungen von Erwachsenen und Kindern kann das diskutiert und gleichzeitig ausprobiert werden. Die Tagungsreihe „Demokratie in Kinderschuhen“ eröffnet Pädagogen/-innen und Kindern die Möglichkeit, gemeinsam und getrennt zu diskutieren und zu arbeiten. (Die Reihe wird von der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt, der Europäischen Jugendbildungs- und Begegnungsstätte Weimar und „Findet Demo!“ gemeinsam durchgeführt, im September 2012 zum fünften Mal; dann

DIE THEMENSEITEN

WERTE UND WERTEWANDEL

geht es darum, wie Kinder ihre Kommune gestalten können.) 2011 gingen Kinder und Erwachsene der Frage nach, was einen Umgang auf Augenhöhe zwischen Erwachsenen und Kindern kennzeichnet. Die Erwachsenen verfolgten mit großem Interesse die kreativen Präsentationen der Kinder, wie sie Erwachsene erleben und wie sie sich einen fairen Umgang vorstellen. Besonders in kleinen gemischten Arbeitsgruppen entwickelten sich – oft auch über spielerische Zugänge – intensive Gespräche. So hörten die Kinder zum Beispiel genau zu, als zwei Erzieherinnen von weitgehenden Beteiligungsmöglichkeiten aus ihrer Kita berichteten und entwickelten anschließend gemeinsam mit den Erwachsenen Ideen, wie sie so etwas auch in ihrer Grundschule umsetzen könnten.



Im Projekt „Findet Demo!“ gehen die Verantwortlichen noch einen Schritt weiter. Unterschiedliche Demokratieentwicklungsprogramme und andere methodische Ansätze werden miteinander verknüpft. Durch die Einbeziehung unterschiedlicher Zielgruppen sollen nicht nur Veränderungen bei den beteiligten Personen, sondern ebenso in den beteiligten Institutionen bewirkt werden. Pädagog/-innen aus dem schulischen und außerschulischen Kontext entwickelten im Rahmen dieses Projektes ein Curriculum, in dem Schritte auf diesem Weg beschrieben werden.

Perspektiven und Forderungen

Damit Kinder lernen, politisch zu urteilen und sich zu beteiligen, sollten wenigstens folgende drei Dinge beachtet werden:

Kinder sind junge Staatsbürger/-innen.

Entsprechend der gesetzlichen Grundlage, inklusive der UN-Kinderrechtskonvention, müssen sie an allen sie betreffenden Entscheidungen beteiligt werden. Die Partizipationsmöglichkeiten müssen dabei dem Kenntnisstand und Fähigkeiten der Kinder angepasst werden.

DIE THEMENSEITEN

WERTE UND WERTEWANDEL

Beteiligung von Kindern beginnt in den Köpfen der Erwachsenen.

Politische Bildung mit Kindern ist ein Prozess zwischen ungleichen Partnern, der die Unterstützung der Erwachsenen braucht, aber eine Verantwortung der Kinder für sich selbst zugesteht. „Die Freiheit des jungen Menschen ergibt sich nicht von selbst, sie muss gewollt, beschlossen und gestaltet werden“ (Kupfer, zit. n. Knauer 2007: 111).

Politische Bildung mit Kindern braucht Ressourcen.

Damit solche Angebote für Kinder funktionieren, braucht es Bedingungen, die über die Anforderungen traditioneller politischer Bildung hinausgehen. Konzepte und Methoden der politischen Bildung können nicht einfach auf die Zielgruppe Kinder übertragen werden. Kinder brauchen in besonderem Maße konkrete Lernerfahrungen, authentische Begegnungen und unterstützende Begleitung.

Wir laden Sie herzlich ein, sich selbst ein Bild zu machen, wie Kinder und Erwachsene gemeinsam tagen: Demokratie in Kinderschuhen V – Kinder gestalten ihre Kommune, 10.–11. September 2012 in der Europäischen Jugendbildungs- und Begegnungsstätte Weimar.

Tobias Thiel veröffentlicht gemeinsam mit Sandra Kleideiter (Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der deutschen Bischofskonferenz) im Journal für politische Bildung 2/2012 einen ausführlichen Artikel zur politischen Bildung mit Kindern.

Literatur:

Knauer, Raingard (2007): Außerschulische Formen politischer Partizipation von Kindern. In: Richter, Dagmar (Hrsg.): Politische Bildung von Anfang an – Demokratie-Lernen in der Grundschule. Bonn, S. 103-118.

Massing, Peter (2007): Politische Bildung in der Grundschule – Überblick, Kritik, Perspektiven. In: Richter, Dagmar (Hrsg.): Politische Bildung von Anfang an. Demokratie-Lernen in der Grundschule. Bonn, S. 18-35.

Ohlmeier, Bernhard (2010): Möglichkeiten der Entdeckung von Demokratie bei Kindern. In: Lange, Dirk / Himmelmann, Gerhard (Hrsg.): Demokratiedidaktik. Impulse für die politische Bildung. Wiesbaden, S. 258-273.

Van Deth, Jan W. (2012): Kinder und Demokratie: Eine unterschätzte Beziehung. In: Lange, Dirk / Himmelmann, Gerhard (Hrsg.) (2012): Demokratiedidaktik - Impulse für die Politische Bildung. Wiesbaden, S. 55-69.

Kinder entdecken ihre Rechte – ganz konkret in ihrem Lebensumfeld

In der UN-Kinderrechtskonvention werden Kinder als kompetente Akteure anerkannt, die aktiv am gesellschaftlich-politischen Leben teilnehmen und deren Meinung „zu Recht“ Gehör finden soll. Informations- und Versammlungsfreiheit und ein Recht auf Mitbestimmung werden Kindern ebenso zugesichert wie etwa das Recht auf gewaltfreie Erziehung, Bildung oder freie Religionsausübung. Damit Kinder ihre Rechte aktiv wahrnehmen können, reichen bloße Kenntnisse oft nicht aus. Deshalb haben wir Kinderrechte-Entdeckertouren entwickelt, die konkrete Erfahrungen im Lebensumfeld der Kinder schaffen und sie ermutigen sollen, für sich und andere für ihre Rechte einzustehen.



Zu verschiedenen Schwerpunktthemen der Kinderrechte begegnen die Kinder in ihrer Stadt Menschen, besuchen Einrichtungen und machen Handlungserfahrungen, die ihnen ihre Rechte näher bringen: Sie erproben mit einem Rollstuhl, auf welche Hindernisse man in der Stadt als Kind

mit Behinderung stößt, lernen durch Mitarbeiter/-innen von Beratungsstellen Angebote für Kinder in Notsituationen kennen, erfahren beim Weltladen, wie durch fairen Handel das Recht von Kindern auf Schutz vor Kinderarbeit gestärkt werden kann oder machen im Landkreisbüro von ihrem Versammlungsrecht Gebrauch, indem sie eine Demonstration probeanmelden. Die Kinder werden zudem dazu angeregt, eigene Fragen zu stellen und ihr Umfeld sensibler wahrzunehmen: Wo in der Stadt haben sie die Möglichkeit, sich zu bewegen und wo mangelt es daran? Wo können sie sich Informationen beschaffen? Wo stoßen behinderte Kinder auf Hindernisse?

Gerne unterstützen wir Sie in der Durchführung solcher Entdeckertouren im Rahmen von Ferienangeboten in Ihrer Gemeinde oder Projekttagen mit Ihrer Schulklasse. Die entwickelten Materialien können an die Begebenheiten Ihrer Stadt und die Besonderheiten Ihrer Kindergruppe angepasst werden.

Nähere Informationen unter:
www.junge-akademie-wittenberg.de/kinderrechte

Eva-Maria Reinwald

Geboren wurde ich 1984 in Düsseldorf und wuchs in Wuppertal auf.

Während meiner Jugend entwickelte ich ein großes Interesse für ökologische Themen und engagierte mich im Kinder- und Jugendprojekt von Greenpeace e.V. Als Ansprechpartnerin der Greenpeace-Kindergruppen (Greenteams) im Umfeld konnte ich als junge Erwachsene Kinder dabei unterstützen, jenen Anliegen öffentliches Gehör zu verschaffen, die ihnen unter den Nägeln brennen: Ich zog mit ihnen einen Orang-Utan-Beat trommelnd gegen Urwaldzerstörung durch die Straßen oder half ihnen, ein Straßentheater über den Klimawandel aufzuführen.



Diese Erfahrungen waren auch Anlass dazu, mich in meinem Lehramtsstudium der Fächer Deutsch, Gesellschaftswissenschaften und Evangelische Religion an der Universität Wuppertal verstärkt mit der politischen Bildung und Beteiligung von Kindern auseinanderzusetzen. Weil ich Freude am politikwissenschaftlichen Arbeiten gefunden hatte und mich die Frage nach dem Zustand unserer Demokratie beschäftigte, schloss ich an mein 1. Staatsexamen den Masterstudiengang „Politikwissenschaftliche Demokratiestudien: Demokratie und Globalisierung“ an der Universität Greifswald an. Dabei entwickelte ich eine Leidenschaft für politische Theorie, der ich auch in meiner Abschlussarbeit über „Demokratische Selbstachtung als Ziel politischen Lernens“ nachgehen konnte.

Seit 2011 arbeite ich nun an als Studienleiterin für gesellschaftspolitische Jugendbildung an der Evangelischen Akademie in Wittenberg mit den Arbeitsschwerpunkten politische Bildung mit Kindern, Bildung für nachhaltige Entwicklung und religionsphilosophische Projekte.

Tobias Thiel

Geboren wurde ich 1973 in Freiberg/Sachsen, aufgewachsen bin ich in Radebeul. Nach dem Abitur arbeitete ich vier Monate im Ökumenischen Informationszentrum in Dresden, wo ich u.a. ein Begleitprogramm für Zivildienstleistende durchführte. Das verdiente Geld nutzte ich für einen Aufenthalt in El Salvador. Dort arbeitete ich in der Lehrerbildung der Education popular mit.



Anschließend studierte ich Politikwissenschaft, Philosophie und Psychologie im Masterstudiengang an der Universität Jena und in Paris. Das Studium unterbrach ich für einen Freiwilligendienst in einem internationalen Jugendbegegnungszentrum in Frankreich.

Aufbauend auf diesen Erfahrungen begann ich zunächst studienbegleitend Angebote der politischen Jugendbildung zu entwickeln und durchzuführen und gründete gemeinsam mit anderen Studierenden den Verein DisKurs e.V. – Kommunikation und Bildung, dem ich heute noch vorstehe.

Von 2001 – 2004 war ich Wissenschaftlicher Mitarbeiter im E-Learning-Projekt des Fachgebiets Interkulturelle Wirtschaftskommunikation der Universität Jena, bevor ich nach einer zweijährigen Elternzeit im Juli 2006 als Studienleiter für gesellschaftspolitische Jugendbildung an der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt e.V. anfang. Meine Arbeitsschwerpunkte sind die politische Bildung mit Kindern, Beteiligungsprojekte Jugendlicher, medienpädagogische Angebote und internationale Jugendarbeit.

- Politische Regeln und Menschenrechte werden weltweit beseitigt oder umgangen.
- Natürliche Ressourcen werden immer schneller verbraucht und der Klimawandel beschleunigt.
- Wirtschaftsinteressen gewinnen immer höheren Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse.
- Handelspartner und ganze Nationen werden übervorteilt.
- Wirtschaftsinteressen werden zunehmend mit militärischer Gewalt durchgesetzt.

Wir als Bürgerinnen und Bürger der Industrieländer wollen

- Lebensqualität statt Wirtschaftswachstum
- nicht weiteres Wachsen an Konsum und Gütern, sondern wachsen an Gerechtigkeit, Nächstenliebe, Zeit, Kultur, Glaube und Engagement
- Verzicht üben und Einschränkungen in Kauf nehmen, wo es um der Menschen und der Schöpfung willen nötig ist.

Wir fordern von den Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft

- ein Ende des Zwangs zum Wirtschaftswachstum
- eine Abkehr von Entwicklungsmodellen, die auf Wirtschaftswachstum beruhen
- Alternativen zum Wirtschaftswachstum zu entwickeln
- Verzicht zu üben
- dem Wachstum weder Menschenrechte noch soziale und ökologische Interessen zu opfern.

Initiativkreis „anders wachsen“ (Christine Müller, Bernd Winkelmann, Tobias Funke, Walter Lechner)

Paul-List-Straße 19 | 04103 Leipzig

www.anders-wachsen.de

**anders
wachsen⁺**
WIRTSCHAFT BRAUCHT
ALTERNATIVEN ZUM WACHSTUM

The revery alone

To make a prairie it takes a clover and one bee.
One clover, and a bee,
And revery.
The revery alone will do,
If bees are few.

Emily Dickinson



Mit alten Mustern brechen

Ökumenische Riotagung 1 nimmt Rio+20 in den Blick

von Veit Laser

Was ist von Rio+20, der UN-Konferenz über Nachhaltige Entwicklung zu erwarten? Welche Herausforderungen ergeben sich für die konfessionelle Kinder- und Jugendverbandsarbeit? Das sind die zentralen Fragen, die die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland (aej) und der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) auf der „Ökumenischen Riotagung 1“ im Februar in Eisenach erörterten.

Im Hauptreferat gab Felix Beck, Jugenddelegierter der deutschen Regierungsdelegation für Rio+20, einen umfassenden und kenntnisreichen Überblick über den Rioprozess und die bevorstehende UN-Konferenz, die vom 20. bis 22. Juni 2012 in Rio de Janeiro tagen wird. Im Mittelpunkt stand dabei vor allem die Frage der Jugendbeteiligung. Beck kritisierte, dass im Verhandlungsdokument der bevorstehenden Konferenz, das den Arbeitstitel „Die Zukunft, die wir wollen“ trägt, die Perspektiven und Anliegen der kommenden Generationen nicht ausreichend berücksichtigt werden. Aus diesem Grund sei es entscheidend, dass junge Menschen Rio+20 und den Rioprozess aufmerksam und kritisch mitverfolgen.

In Workshops setzten sich die Teilnehmer(innen) vertiefend mit den Themen Wachstum und Mobilität auseinander und entwickelten Ideen und Fragestellungen für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Angesichts der gesellschaftlich gängigen Einengung der Wachstumsfrage auf das Wirtschaftswachstum kreiste die Diskussion immer wieder um eine Frage: Wie gelingt es, festgefahrene Muster wie die Wachstumsideologie aufzubrechen und ihnen die Vision und Schritte zu einem zukunftsfähigen Politik-, Wirtschafts- und Lebensstil entgegenzusetzen? Eine Frage, auf die die Tagung natürlich keine endgültige Antwort geben konnte und

wollte. Sie wird aber die beiden konfessionellen Jugendverbände in ihrer neu belebten entwicklungspolitischen Zusammenarbeit über Eisenach hinaus beschäftigen.



Mit einer Anfang April startenden bundesweiten Jugendaktion will die Evangelische Jugend unter dem Motto Green Hand Day die Öffentlichkeit auf die Bedeutung von Rio+20 aufmerksam machen. Und im Herbst folgt die „Ökumenische Riotagung 2“. Vom 19. bis 21. Oktober 2012 werden aej und BDKJ in

Frankfurt am Main rückblickend auf die Ergebnisse der UN-Konferenz die aktuellen Herausforderungen und Aufgaben für das entwicklungs- und umweltpolitische Engagement der konfessionellen Jugendverbände benennen.

Weitere Informationen:

www.evangelische-jugend.de

www.green-hand-day.de

Dr. Veit Laser

Referent für entwicklungsbezogene Bildung

Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend

in Deutschland e. V. (aej)

Otto-Brenner-Straße 9 | 30159 Hannover

Fon (0511) 1215-165

Fax (0511) 1215-265

vl@aej-online.de

Waldstrategie 2020 – ein Kommentar

von Siegrun Höhne

Mit der Waldstrategie 2020 legte der „Landesbeirat Holz Sachsen-Anhalt“ ein Diskussionspapier vor, das Entscheidungsträgern in Politik, Verwaltung und Gesellschaft Ansätze für eine ausgewogene und zukunftsfähige Wald- und Klimapolitik liefern will. Das ist angesichts des hohen und wachsenden Nutzungsdrucks auf die Wälder und der Notwendigkeit, die Forste für die klimatischen Veränderungen weiter zu entwickeln, sehr zu begrüßen.

Denn um den Wald, dessen richtige Nutzung, den Erhalt seiner vielfältigen Funktionen und seiner Ästhetik wird trefflich gestritten. Während auf der einen Seite die Holznutzung forciert wird, mit Argumenten des Klimaschutzes, beklagen andere den Raubbau der Wälder und den Verlust ihrer vielfältigen Biosystemdienstleistungen. Parallel suchen Wissenschaftler und Forstwirte nach Wegen, die Wälder für die erwarteten klimatischen Veränderungen fit zu machen.

Die kontroverse Diskussion spiegelt sich im Nebeneinander von Strategien auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene, wie Nachhaltigkeitsstrategien, Biodiversitätsstrategie, Bioenergiekonzepten, Klimaschutzkonzepten usw., die alle Auswirkungen auf die Wälder haben, aber nicht miteinander abgestimmt sind und werden.

Waldbau und Waldnutzung ist jedoch nur langfristig gedacht und geplant möglich. Es braucht deshalb eine grundsätzliche Klärung in wesentlichen Fragen:

Wie sollen die Wälder in 20, 50 oder 100 Jahren aussehen? Welche Voraussetzungen müssen hierfür heute geschaffen werden? Können die verschiedenen gesellschaftlichen Ziele räumlich und zeitlich differenziert,

miteinander oder nebeneinander umgesetzt werden? Welche Verabredungen braucht es hierzu, welche rechtlichen Rahmensetzungen und welche finanziellen Anreize? Es muss erforscht und erprobt werden, z.B. welche Baumarten (zusammensetzung) auf welchen Standorten geeignet sind, um unter den sich ändernden klimatischen Bedingungen stabile, widerstandsfähig Wälder zu entwickeln.

Um diese und die sich daraus ergebenden Fragen beantworten zu können, braucht es eine sachliche, zielgerichtete und respektvolle Kommunikation der unterschiedlichen Interessengruppen. Dafür bietet die Waldstrategie 2020 eine Basis. Eine solche Gesprächskultur kann durchaus regional gepflegt werden, unter Einbeziehung aller Beteiligten vor Ort, idealerweise mit Unterstützung von Wissenschaft und Politik. Im Interesse der Wälder.

Holz gilt als CO₂-neutraler Rohstoff. Die Nachfrage wächst und mit ihr die Preise, so dass die Forstwirtschaft derzeit gewinnbringend arbeiten kann. Unter anderem das (neben Unwetterschäden) hat zur Folge, dass die Bewirtschaftungsintensität in den letzten Jahren deutlich gestiegen ist. Nach Angaben des statistischen Bundesamtes stieg der Holzeinschlag in Deutschland von 2009 auf 2010 um 13 %, auf 54,42 Mio. Festmeter. Bei Nadelholz betrug das Plus 14,5 %, am höchsten war der Anstieg bei der Kiefer mit 18,7 %.

Die Verwertung des Holzes in Biomassekraftwerken, Pelletkesseln, Kaminen u. a. gilt als klimafreundlich. Folglich verändert sich die Holznutzung: 2002 wurden 26 % des eingeschlagenen Holzes energetisch genutzt, also verbrannt. 2008 waren es 43 %, 2030 könnten es 54 % sein (Mantau et al., 2010). Eine stoffliche Verwertung des Holzes für langlebige Produkte und den Ersatz von Stoffen wie Aluminium oder Kunststoffen, deren Produktion und Entsorgung mit hohen Emissionen verbunden sind, ist einer direkten energetischen Nutzung vorzuziehen.

ANKÜNDIGUNG

5. Elbekirchentag 30.06. – 01.07.2012 in Meißen



Seit 2008 führen die Elbekirchentage Menschen zusammen, die den besonderen Lebensraum und die einzigartige Flusslandschaft Elbe erhalten und gestalten wollen. Drei Themen stehen dieses Jahr dabei im Mittelpunkt: Zum einen soll die Elbe als Kultur- und Lebensraum gewürdigt und ins Bewusstsein gebracht werden. Dazu gehören fachkundige Auenspaziergänge und künstlerische Inszenierungen an und mit der Elbe. Zum anderen soll zehn Jahre nach der „Jahrhundertflut“ der Katastrophe wie auch der großen Solidarität für unsere Stadt Meißen gedacht werden. Dazu dient insbesondere der Elbe-Gottesdienst in der Klosterruine Heilig Kreuz. Zum dritten soll im Sinne der Bewahrung der Schöpfung eine kritische Diskussion des weiteren Elbeausbaus erfolgen. Dazu lädt ein Podium mit Elbnutzern, Naturschützern und administrativ Verantwortlichen ein, um die unterschiedlichen Perspektiven dieses umfänglichen Themas darzustellen und den weiteren Diskurs voranzutreiben.

Es lädt ein die Initiative „Brücken bauen“ – ein Projekt christlicher Gemeinden in Meißen. Mitveranstalter sind die Evangelische Akademie Meißen und das Hahnemannzentrum Meißen e.V.

Pfarrer Bernd Oehler
Ev.-Luth. Kirchengemeinde St. Afra Meißen
Freiheit 7 | 01662 Meißen
Fon (03521) 404303
bernd.oehler@sankt-afra-meissen.de

Tagung für alle am Kirchenwald Interessierten

**„Vom Baum zum Holz – und dann ? – Rohstoff der Zukunft“
09. – 11.05.2012 in Schirgiswalde/Sachsen**

Wir pflügen, pflanzen, pflegen und ernten das Holz des Waldes. Nach unserer Arbeit geben wir das Holz zum Sägen, Hacken, Spalten, und dann begegnet es uns in unserem täglichen Leben. Aber wie könnte die Zukunft aussehen, wo liegen neue Chancen in der Holzverwendung? Und welche Perspektiven gibt es für die Buche, auf die wir im Klimawandel wieder vermehrt unsere Hoffnungen legen. Diesen Fragen wollen wir am ersten Tag nachgehen.

Am zweiten Tag schauen wir uns die Konkurrenzkraft der hiesigen Buche an und lassen uns eine typisch kirchliche Holzverwendung zeigen. Die Möglichkeit der chemischen Verwendung wird uns besonders erheitern. Den dritten Tag widmen wir dem wichtigen Thema der Verkehrssicherung, bevor wir uns mit der Planung der agrarpolitischen Studienreise im Herbst 2012 nach Rumänien beschäftigen.

*AG Kirchenwald
c/o Michael Schicketanz
Rahnsdorfer Str. 6 | 06895 Zahna
Fon (034924) 20207
michael.schicketanz@kirchenwald.de
www.kirchenwald.de*



ANKÜNDIGUNG

Weiterbildung zur Naturkindergärtner/-in – Facherzieher/-in für Natur und Ökologie

Kinder brauchen die Natur als unverzichtbaren Erfahrungs- und Spielraum. Gerade in Wäldern finden Kinder vieles, was für ihre Entwicklung nötig ist. Mit Phantasie, einigem Fachwissen und natürlich etwas Geld lässt sich aber auch das Spielgelände der Kindereinrichtung so gestalten, dass Bewegung, Entdeckerdrang und Kreativität gefördert werden. Hinzu kommt eine vollwertige Ernährung, die Kindern schmeckt. Erfahren, wo die Nahrungsmittel herkommen, und selbst etwas zubereiten, ist dazu hilfreich.

Im September 2012 beginnt der XII. Kurs mit einer Kurswoche in Gernrode. Nach einer Woche im November in Dresden und im März in der Lutherstadt Wittenberg endet er mit der Kurswoche in Imbshausen bei Göttingen im Juni 2013.

Die Weiterbildung wird gemeinsam organisiert vom Ökumenischen Informationszentrum Dresden und dem Umweltbüro Nord in Stralsund, in Kooperation mit der Ev.-Luth. Landeskirche in Braunschweig. Programm und Anmeldeformular finden Sie auf: www.naturkindergarten.net

Michael Schicketanz
Umweltbüro Nord e.V.
Badenstr. 45 | 18439 Stralsund
Fon (034924) 20207 oder (0178) 4715003
schicketanz@naturkindergarten.net



Segen

Möge Gott Dich segnen
mit Unbehagen angesichts leichtfertiger Antworten,
Halbwahrheiten und oberflächlicher Beziehungen,
sodass Du tief in deinem Herzen lebst.

Möge Gott Dich segnen
mit Zorn über Ungerechtigkeit, Unterdrückung
und Ausbeutung von Menschen und der Erde,
sodass Du dich einsetzt für Gerechtigkeit, Gleichheit und Frieden.

Möge Gott Dich segnen
mit Tränen, die Du vergießt für die, die leiden,
sodass Du Deine Hand ausstreckst,
um sie zu trösten und ihren Schmerz in Freude zu verwandeln.

Möge Gott Dich segnen
mit dem närrischen Glauben,
dass Dein Tun einen Unterschied macht in der Welt,
sodass Du Dinge tust, von denen andere sagen,
man kann sie nicht tun.

Amen.

(Autor unbekannt)

Nina Pauer: Wir haben (keine) Angst – Gruppentherapie einer Generation

von Anne Molitor

In ihrem Buch „Wir haben (keine) Angst – Gruppentherapie einer Generation“ nähert sich die 1982 geborene Autorin Nina Pauer der Lebenswelt ihrer Generation. Diese ist – so Pauer – in zentraler Weise geprägt von einem Mehr an Möglichkeiten und Imperativen; von einem „Wir können überall hingehen und wir können alles tun“ einerseits und einem „Findet den Weg, der Euch glücklich macht und der Euch erfüllt“ andererseits. Pauer zeigt in ihrem Buch die Protagonisten Anna und Bastian bei ihrem Versuch, dem Imperativ der Selbstverwirklichung gerecht zu werden, d.h. aus den vielen Möglichkeiten die für sie richtigen auszuwählen und zu einem individuellen Lebenslauf, einer planvollen Biografie, zusammenzufügen.

Obwohl die Protagonisten auf sehr unterschiedliche Weise an der Verwirklichung und Optimierung des eigenen Selbst arbeiten, sind beide gleichermaßen mit dieser Aufgabe überfordert und werden mit den gleichen Ängsten konfrontiert: Angst vor beruflichem Versagen und vor dem Scheitern in Beziehungen; Angst, den Ansprüchen anderer nicht zu genügen; Angst vor dem Erwachsenwerden sowie davor, eine klare politische Haltung zu beziehen.

In ihrer Überforderung suchen beide einen Psychotherapeuten auf und finden in der Auseinandersetzung allmählich den gemeinsamen Kern ihrer Ängste: Es ist die tiefsitzende Angst, sich falsch zu entscheiden und damit die vielleicht einzige Chance auf ein erfülltes Leben zu verpassen. Pauer zeigt in ihrem Buch zentrale Aspekte der Lebenswelt der heute 25 bis 30jährigen auf und analysiert in präziser und zeitweise bedrückender Art und Weise deren bestimmendes Lebensgefühl. Hierbei beweist

sie eine detailgenaue Beobachtungsgabe, durch die sich der Leser in den geschilderten Dialogen und Gedanken wiederfindet und mitunter auch ertappt fühlt – wenngleich die beschriebene Lebenswelt sicherlich nicht die Realität ihrer gesamten Generation widerspiegelt, sondern eher das milieuspezifische Empfinden junger Akademiker.

Kritisch zu bemerken ist, dass Pauer bei dem von ihr aufgezeigten Lösungsansatz – der (gemeinsamen) Thematisierung der Angst in der Psychotherapie – eine kritische Reflexion vermissen lässt. Vielmehr offenbart sie sich mit diesem Vorschlag ganz als Kind ihrer Zeit, denn keine Generation zuvor nutzte so selbstverständlich und exzessiv verschiedene Formen der Selbstthematisierung, um beständig an der Optimierung der eigenen Persönlichkeit zu arbeiten. Der von Pauer kritisierte Zustand des ständigen Kreisens um sich selbst würde damit also nicht aufgelöst, sondern – als genuiner Bestandteil der Psychotherapie – vielmehr noch zusätzlich verstärkt.

Die besondere Leistung des Buches besteht zweifelsohne darin, die kollektive Dimension der oftmals als individuell empfundenen Ängste zu verdeutlichen. Pauer eröffnet damit die Chance für eine neue Form der (politischen) Vergemeinschaftung jenseits von gepflegter Lässigkeit, ironischer Distanz und Angst. Ein sehr lesenswertes Buch für alle, die bereit sind, sich auf die Lebens- und Gedankenwelt der beschriebenen Generation einzulassen.

Anne Molitor, Jahrgang 1984, studierte Gesellschafts- und Kommunikationswissenschaften an der Universität Luzern und arbeitet heute in der Personalentwicklung.

Nina Pauer: Wir haben (keine) Angst – Gruppentherapie einer Generation. Frankfurt am Main: Fischer Verlag 2011, 208 Seiten, € 13,95. ISBN 978-3-10-060614-3

AUS DEM INHALT

Editorial

Geistlicher Impuls

Schaukelnd zwischen den Welten (Christian Lehnert) 1

Wirtschaft: Wachstumskritik

Welche Zukunft wollen wir? 4

Anstoß für eine öffentliche Debatte (Gisela Kallenbach)

„anders wachsen“ – Initiative gegen die 9

Ideologie des Wirtschaftswachstums (Christine Müller)

Nachlese

Mit alten Mustern brechen 15

Ökumenische Riotagung 1 nimmt Rio+20 in den Blick (Veit Laser)

Aus der Akademie

Waldstrategie 2020. Ein Kommentar (Siegrun Höhne) 17

Ankündigung

Elbekirchentag 2012 in Meißen 19

Tagung der AG Kirchenwald 20

Weiterbildung zur Naturkindergärtner/-in 21

Rezension

Nina Pauer: Wir haben (keine) Angst – Gruppentherapie 23

einer Generation (Anne Molitor)

Die Themenseiten – Werte und Wertewandel

Die Idee des Rechtsstaats als moralisches Minimalprinzip 1

moderner Gesellschaften (Joy Kumar Chowdhury)

Kinder sind demokratische Staatsbürger/-innen 12

(Eva-Maria Reinwald und Tobias Thiel)

Impressum

POSTVERTRIEBSSTÜCK ENTGELT BEZAHLT

VERTRIEBSKENNZEICHEN 31127

DP.AG

HERAUSGEBER & ABSENDER:

Forschungsstelle für ökologische
Bildung und Beratung
(Kirchliches Forschungsheim)
der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt
Schlossplatz 1d
06886 Lutherstadt Wittenberg
Fon: 03491 4988-0
Fax: 03491 4988-22
E-mail: forschungsheim@kfh-wb.de
Internet: www.forschungsheim.de



REDAKTION: *Dr. Susanne Faby*

BANKVERBINDUNG (MITGLIEDSBEITRÄGE UND SPENDEN):

Förderverein für die Forschungsstelle ökologische Bildung
und Beratung (Kirchliches Forschungsheim)

KD Bank, Bank für Kirche und Diakonie
BLZ 350 601 90, Kto-Nr. 156 008 90 11

MITHERAUSGEBER:

Heiko Reinhold, Umweltbeauftragter der
Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens
Hans-Georg Baaske, Theologischer
Umweltreferent der Evangelischen Kirche
Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz

DRUCK:

Pegasus Druck, Berlin
Auflage: 900 Stück
Erscheinungsweise: 4 x jährlich

BILDNACHWEIS:

Titelbild: Initiativkreis „anders wachsen“, siehe Bildnachweis Weiße Seiten, S. 9
Weiße Seiten: S. 1: Christoph Meckel; S. 4, 7, 9, 11: Rohentwurf für eine mögliche Plakatserie - Vorschlag
des Initiativkreises „anders wachsen“; S. 14: Dave Massey - Fotolia ; S. 16: Veit Laser
Themenseiten: S. 11: Joy Kumar Chowdhury; S. 14, 15, 16, 18: Evangelische Akademie;
S. 19: Eva-Maria Reinwald; S. 20: Tobias Thiel

Wem es vergönnt ist, dass sein Traum in Erfüllung geht? Dafür müssen im
Himmel Wahlen abgehalten werden, und wir alle kandidieren ohne
unser Wissen. Die Engel stimmen ab.

Victor Hugo